

Kreiskirchenamt, Limperstr. 15, 45657 Recklinghausen

Herrn Bürgermeister
Fred Toplak
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten



Superintendentin
Katrin Göckenjan-Wessel
Telefon: 0 23 61/ 206-111
Fax: 0 23 61/ 206-172
Limperstraße 15
45657 Recklinghausen
E-Mail: Katrin.Goeckenjan@kk-ekvw.de
Internet: www.kirchenkreis-re.de

Sekretariat:
Dunja Elsen
Telefon: 0 23 61/ 206-112
Fax: 02361 / 206-172
E-Mail: Dunja.Elsen@kk-ekvw.de

03.07.2019/El.

Suche Frieden und jage ihm nach!
Psalm 34,15

"Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt."

(Pfarrerin Sandra Bills, Predigt im Abschlussgottesdienst des Deutschen Evangelischen Kirchentages Dortmund, 23.6.2019)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Toplak,

auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund haben mehrere Tausend Menschen auf den eindringlichen Appell des Bürgermeisters von Palermo, Leoluca Orlando gehört, endlich das Sterben im Mittelmeer zu beenden.

Nach dem Vorbild der Stadt Palermo haben sich inzwischen 69 Kommunen allein in Deutschland dem Bündnis "sichere Häfen" angeschlossen, darunter auch Kommunen wie Dortmund, die unter einem hohen sozialen Druck stehen.

Sie widerstehen der Kriminalisierung von Menschen, die Leben retten, während politisch Verantwortliche bewusst mehrere Tausend Todesopfer durch Ertrinken für ihre politischen Ziele in Kauf nehmen.

Die Kommunen im Bündnis "sichere Häfen" wollen nach ihren Möglichkeiten konkrete Hilfe leisten und die Regierungen der EU dazu bringen, endlich faire und realistische Regelungen für die Aufnahme von Menschen auf der Flucht zu treffen.

Auch in der Stadt Herten engagieren sich Christ*innen gemeinsam mit vielen anderen Menschen seit Jahren bei der Aufnahme und Integration von Menschen mit Fluchterfahrungen.

Die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Recklinghausen hat auf ihrer Tagung am 29.6.2019 einstimmig den "Palermo-Appell" unterstützt.

Bankverbindungen:
Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank
Sparkasse Vest Recklinghausen
Volksbank Marl-Recklinghausen eG

Konto: 20 01265 027
IBAN: DE53 3506 0190 2001 2650 27
Konto: 90 035 114
IBAN: DE35 4265 0150 0090 0351 14
Konto: 5 329 999 000
IBAN: DE50 4266 1008 5329 9990 00

BLZ: 350 601 90
BIC: GENODED1DKD
BLZ: 426 501 50
BIC: WELADED1REK
BLZ: 426 610 08
BIC: GENODEM1MRL

Sie bittet die Stadt Herten, dem Bündnis "sichere Häfen" beizutreten.

(<https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>).

Wir bitten Sie, dem Rat der Stadt dieses Anliegen vorzulegen und es zu unterstützen.

Wir wissen uns mit diesem Anliegen in guter Gesellschaft mit vielen anderen Initiativen, Parteien und Bürger*innen, die um die Menschlichkeit im politischen Handeln besorgt sind.

Beigefügt finden Sie den Wortlaut des Beschlusses und den vollständigen Text des Palermo-Appells. Ich danke für die aufmerksame Lektüre und erwarte gerne Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

hal. Jörn - Brand

Gemeinsame Erklärung des EKD-Ratsvorsitzenden und Palermos Bürgermeister

Palermo-Appell

Europa hat gewählt. Die Europäische Union stellt sich in den kommenden Monaten neu auf. Gerade jetzt wollen wir denen eine Stimme geben, die derzeit im Schatten der großen Politik stehen. Denn weiterhin machen sich Menschen auf den Weg über das Mittelmeer. Migrationsbewegungen sind ein historisches Phänomen, das seine Ursprünge in dem Grundrecht der Menschen auf Mobilität hat. Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Auf der Flucht vor Krieg, Armut und Klima-Katastrophen. In Hinblick auf das zu erwartende Ansteigen der Flüchtlingsströme im Laufe des Sommers ist es für die Europäische Union unabdingbar, sich auf ihre Grundwerte zu besinnen und Lösungen für die einzelnen Staaten zu finden, mit deren Hilfe neue Todesopfer im Mittelmeer verhindert und humanitäre Kanäle geschaffen werden können, und die die Rettung von Schiffbrüchigen und Menschenleben zur Priorität macht.

Das Mittelmeer ist weiterhin die tödlichste Grenze weltweit. Über 2000 Menschen sind 2018 im Mittelmeer ertrunken. Von hunderten Toten 2019 wissen wir. Viele sterben in diesen Tagen ungesehen, ohne in den Statistiken erfasst zu sein. Europa steht jetzt vor der Wahl: Wollen wir 2019 helfen oder wegschauen?

Gemeinsam mit vielen Verantwortlichen aus Kommunen, Kirchen und der Zivilgesellschaft meinen wir:

1. 2019 darf nicht zu einem verlorenen Jahr für die Seenotrettung im Mittelmeer werden.
2. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung muss ein Ende haben. Jetzt!
3. Seenotrettung muss auch eine staatliche Aufgabe bleiben. Was ist aus der europäischen Seenotrettung geworden? Deutschland sollte hier ein Zeichen setzen und Schiffe entsenden!
4. Wir brauchen noch in diesem Sommer eine politische Notlösung, einen vorübergehenden Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge. Viele Städte und Kommunen in Europa wollen „Sichere Häfen“ sein! Lassen wir das Realität werden!
5. Wir brauchen in der EU eine „Koalition der Willigen“, die jetzt handelt. Und eine zukunftsfähige Migrationspolitik entwickelt. Denn Menschen ertrinken lassen oder in die Lager Libyens zurückschicken, kann keine Option für Europa sein.

Die Beteiligung an der Europa-Wahl war erfreulich hoch. Wir rufen auf: Macht die fünf Punkte unserer Erklärung zum Thema! Ladet eure neugewählten Europa-Abgeordneten zu euch ein – in eure Bürgerversammlungen, Kirchengemeinden, Schulen und Sportvereine! Europa: Wir müssen reden!

Hannover, 3. Juni 2019, Pressestelle der EKD

Tagung der Kreissynode am 29.06.2019

Beschluss 97/2016-2020:

Die Kreissynode Recklinghausen schließt sich dem **Palermo-Appell** an.

Europa hat gewählt. Die Europäische Union stellt sich in den kommenden Monaten neu auf. Gerade jetzt wollen wir denen eine Stimme geben, die derzeit im Schatten der großen Politik stehen. Denn weiterhin machen sich Menschen auf den Weg über das Mittelmeer. Migrationsbewegungen sind ein historisches Phänomen, das seine Ursprünge in dem Grundrecht der Menschen auf Mobilität hat. Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Auf der Flucht vor Krieg, Armut und Klima-Katastrophen. In Hinblick auf das zu erwartende Ansteigen der Flüchtlingsströme im Laufe des Sommers ist es für die Europäische Union unabdingbar, sich auf ihre Grundwerte zu besinnen und Lösungen für die einzelnen Staaten zu finden, mit deren Hilfe neue Todesopfer im Mittelmeer verhindert und humanitäre Kanäle geschaffen werden können, und die die Rettung von Schiffbrüchigen und Menschenleben zur Priorität macht.

Das Mittelmeer ist weiterhin die tödlichste Grenze weltweit. Über 2000 Menschen sind 2018 im Mittelmeer ertrunken. Von hunderten Toten 2019 wissen wir. Viele sterben in diesen Tagen ungesehen, ohne in den Statistiken erfasst zu sein. Europa steht jetzt vor der Wahl: Wollen wir 2019 helfen oder wegschauen? Gemeinsam mit vielen Verantwortlichen aus Kommunen, Kirchen und der Zivilgesellschaft meinen wir:

1. 2019 darf nicht zu einem verlorenen Jahr für die Seenotrettung im Mittelmeer werden.
2. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung muss ein Ende haben. Jetzt!
3. Seenotrettung muss auch eine staatliche Aufgabe bleiben. Was ist aus der europäischen Seenotrettung geworden? Deutschland sollte hier ein Zeichen setzen und Schiffe entsenden!
4. Wir brauchen noch in diesem Sommer eine politische Notlösung, einen vorübergehenden Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge. Viele Städte und Kommunen in Europa wollen „Sichere Häfen“ sein! Lassen wir das Realität werden!
5. Wir brauchen in der EU eine „Koalition der Willigen“, die jetzt handelt. Und eine zukunftsfähige Migrationspolitik entwickelt. Denn Menschen ertrinken lassen oder in die Lager Libyens zurückschicken, kann keine Option für Europa sein.

Die Beteiligung an der Europa-Wahl war erfreulich hoch. Wir rufen auf: Macht die fünf Punkte unserer Erklärung zum Thema! Ladet eure neugewählten Europa-Abgeordneten zu euch ein – in eure Bürgerversammlungen, Kirchengemeinden, Schulen und Sportvereine! Europa: Wir müssen reden!

- mit großer Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen -

b) Nach dem Vorbild der Stadt Palermo haben sich inzwischen 69 Kommunen allein in Deutschland dem Städtebündnis "Städte Sicherer Häfen" angeschlossen u.a. auch Köln und Dortmund.

Beschluss 98/2016-2020:

Die Kreissynode Recklinghausen fordert die Kommunen im Kreis Recklinghausen auf, sich an einem vorübergehenden Verteilmechanismus für Bootsflüchtlinge zu beteiligen und sich als „Sicheren Hafen“ zu erklären.

- einstimmig -



SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Potsdamer Erklärung

Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019
Die Städte Sicherer Häfen

Für die „Städte Sicherer Häfen“: Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, [tolerantespotsdam\[at\]rathaus.potsdam.de](mailto:tolerantespotsdam[at]rathaus.potsdam.de)